STADT LINNICH
Die Bürgermeisterin

Beschlussvorlage
- öffentlich -
Drucksache **B-151/2026**

Beratungsfolge	Termin	TOP
Stadtrat	12.11.2026	öffentlich / 11.

Dienststelle	Datum:	Sachbearbeiter:	Aktenzeichen
Fachbereich FB4	01.10.2026	Frau Roth	

Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2027

Finanzielle Auswirkungen

[X] Die Vorlage berührt den Etat 2027 im Rahmen einer vorzeitigen Mittelbereitstellung
[ ] Die Vorlage berührt den Etat auf der Einnahmeseite
[ ] Mittel stehen zur Verfügung
Hh.-Stelle
Haushaltsausgabereste
Bisher angeordnet
Investitionsprogramm
Verpflichtungsermächtigung
[ ] Mittel werden über-/außerplanmäßig bereitgestellt Hh.-Stelle

Deckungsvorschlag:

Gez. Hensen

(Kämmerei)

Beratungsergebnis

[ ] Einstimmig
[ ] Mit Stimmenmehrheit Ja _____ Nein _____ Enthaltungen _____
[ ] Laut Beschlussvorschlag
[ ] Abweichender Beschlussvorschlag

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Linnich beschließt, im Vorgriff auf den Haushalt 2027 die notwendigen Haushaltsmittel für die dargestellte Rechtsberatung in Höhe von 38.556,00 € bereitzustellen.

Problembeschreibung/Begründung:

Für die Bauprojekte der Stadt Linnich ist eine rechtliche Beratung in den Bereichen Bau-, Vergabe-, Planungs-, Architekten und Zuwendungsrecht notwendig.

Der aktuelle Auftrag zur Rechtsberatung wurde bis zum Ende des Jahres 2026 vergeben.

Die Beratung wird aufgrund der Komplexität der Projekte und der langjährigen Prozesseinbindung weiterhin benötigt.

Ende 2024 wurden Angebote von 10 Kanzleien eingeholt. Die beauftragte Kanzlei hat das deutlich günstigste Angebot abgegeben, so dass ein Wechsel der Kanzlei sowohl finanziell als auch aufgrund der entsprechenden Einarbeitung in alle Projekte bzw. Prozesse nicht empfohlen wird.

Die Beauftragung für das Jahr 2026 basiert auf einem monatlichen Stundenkontingent von 20 Std.

Zwischenzeitlich wurde eine 14tägige Videokonferenz mit der Rechtsberatung eingeführt, in welcher aktuelle Probleme sofort besprochen werden, so dass für das Jahr 2027 eine Reduzierung des Stundenkontingents auf 15 Std. / Monat vorgesehen ist.

Da der Haushalt für das Jahr 2027 noch nicht beschlossen ist, sind die notwendigen Haushaltsmittel im Vorgriff auf den Etat 2027 bereitzustellen.

gez. Schunck-Zenker
(digitaler Workflow, 28.10.2026)